

Herausgegeben von Andreas Fuchs,
Markus Stoffels und Dirk A. Verse

Christian Spruß

**Die Einbeziehung Allgemeiner
Geschäftsbedingungen
im deutschen Recht unter
besonderer Berücksichtigung
des europäischen Rechts
und des UN-Kaufrechts**

PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Inhaltsübersicht

Einleitung	I
I. Teil: Europarechtlicher Rahmen	13
A. Übersicht und Grundgedanken der europäischen Regelung	13
I. Überblick über die relevanten europarechtlichen Regelungen und Mechanismen	13
II. Grundgedanken der europarechtlichen Regelung	24
III. Zusammenfassung der europarechtlichen Rahmenbedingungen	36
B. Vorgaben des Europarechts für die Einbeziehung von AGB	37
I. Einleitung	37
II. Entwurf einer Verbraucherrechte-Richtlinie	39
III. Klauselrichtlinie 93/13/EWG	40
IV. Informationspflichten und AGB	90
V. Gleichbehandlungsrichtlinien	111
C. Rolle des Europäischen Gerichtshofes	114
D. Zwischenergebnis	119
2. Teil: Einbeziehung von AGB nach dem deutschen Recht	121
A. Grundlagen	121
I. Einleitung	121
II. Hintergrund der Kontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen	123
III. Geschichte der Einbeziehungskontrolle	130
IV. Dogmatik der Einbeziehung Allgemeiner Geschäftsbedingungen	133
B. Einbeziehungsvorschriften der §§ 305-310 BGB	145
I. Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen nach den §§ 305, 310 BGB	145
II. § 305a BGB	265
III. § 305b BGB: Einbeziehungsvoraussetzung oder reine Auslegungsvorschrift?	269

IV.	§ 305c Abs. 1 BGB – Das Überraschungsverbot . . .	289
C.	Sachprobleme	325
I.	Kollidierende Allgemeine Geschäftsbedingungen . .	325
II.	Schweigen im Handelsverkehr und kaufmännisches Bestätigungsschreiben	335
III.	Arbeitsverträge	358
IV.	Fernabsatzrecht	385
V.	Reiserecht	396
VI.	Versicherungsrecht	405
VII.	Einbeziehung Allgemeiner Geschäftsbedingungen und Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz	413
VIII.	Zivilprozessrecht	417
IX.	Einbeziehung Allgemeiner Geschäftsbedingungen und Dritte	436
X.	Rechtsfolgen und Geltendmachung der Nichtein- beziehung im Prozess	458
D.	Wesentliche Ergebnisse zur Einbeziehung nach dem deut- schen Recht	479
3.	Teil: Internationale Rechtsvereinheitlichung und AGB	483
A.	Ansätze in einem möglichen europäischen Zivilgesetzbuch .	483
I.	Harmonisierung und Gemeinschaftsprivatrecht . . .	483
II.	Europäisches Zivilgesetzbuch	485
III.	Stellungnahme	510
B.	Internationale Vereinheitlichung	516
I.	UN-Kaufrecht	516
II.	Abkommen zur Internationalen Schiedsgerichtsbar- keit	572
III.	UNIDROIT-Principles 2004	577
4.	Teil: Ausblick und Zusammenfassung	587
A.	Reformmöglichkeiten	587
I.	Einbeziehung des unternehmerischen Verkehrs in den Schutzbereich der verbraucherschützenden Vor- schriften	587
II.	Unangemessenheit als Einbeziehungskriterium? . .	595
III.	Einbeziehungsvorschriften als Maßstab für das Un- terlassungsklageverfahren	597

IV.	Genehmigungserfordernis oder Beteiligung von Spitzenverbänden	599
B.	Zusammenfassung und Ergebnis	608
I.	Allgemeines	608
II.	Ergebnis zu den europarechtlichen Hintergründen der Einbeziehung von AGB	609
III.	Ergebnis zur Einbeziehung nach deutschem Recht	614
IV.	Ergebnis zur internationalen Vereinheitlichung	634
Literaturverzeichnis		645
Index		715